

NEIN ZUR ALLEINGANGS- INITIATIVE «GEGEN DIE MASSEN- EINWANDERUNG»

Von **Nadine Masshardt**, Nationalrätin SP/BE

Der Schweiz geht es im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Ländern gut. Wirtschaftlich zeigt sich dies nicht zuletzt darin, dass es nicht wenige Arbeitnehmende in die Schweiz zieht. Uns hilft diese Einwanderung, den hausgemachten Fachkräftemangel wettzumachen. Ohne Zuwanderung fehlen zum Beispiel Ingenieurinnen, Informatiker, Ärztinnen oder Pfleger. Hat die SVP mit ihrer Zuwanderungsinitiative also Landspitäler ohne medizinisches Personal zum Ziel?

Diesen (überspitzten) Eindruck jedenfalls erhält man bei der Kampagne «Gegen die Masseneinwanderung». Auf der offiziellen Webseite warnen die Initianten: «700 000 mehr Ausländer in der Schweiz seit 2001!». In der politischen Diskussion geben sich die meisten SVP-Exponenten zahmer: Man wolle die Zuwanderung mit der Initiative wieder selber steuern können. Weg von der Personenfreizügigkeit, zurück zur Kontingent-Politik. Eine Behörde soll neu nicht nur darüber entscheiden, wie viele Ausländer pro Jahr in die Schweiz kommen dürfen. Sondern auch bestimmen, welche Branche auf

wie viele ausländische Arbeitskräfte zurückgreifen darf. Die sonst so staatskritische SVP will also die sonst gescholtenen Beamten über die Zuwanderung entscheiden lassen.

Entsprechend gross ist die Allianz der Gegner der Initiative gegen die Masseneinwanderung. Das Ansinnen der SVP wird vom Gewerbeverband über den Schweizerischen Bauernverband bis zu den Gewerkschaften bekämpft. Selbst Wirtschaftskapitäne der Volkspartei sprechen sich dagegen aus. Uns allen ist bewusst, dass die wirtschaftlichen Folgen für die Schweiz gigantisch wären. Und doch sehe ich als Befürworterin des Bilateralen Wegs mit der EU auch, dass die Zuwanderung uns vor neue Herausforderungen stellt. Deshalb sind flankierende Massnahmen notwendig. So zum Beispiel der Ausbau der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs, worüber wir auch im Februar abstimmen. Oder der Ausbau der flankierenden Massnahmen im Rahmen der Kroatien-Erweiterung. Dort wird es Massnahmen gegen Lohndumping sowie zur Dämpfung der angespannten Situation im Wohnungsmarkt brauchen.

Durch ihr Réduit-Denken sind sich die Initianten der Folgen einer Auf-

kündigung der Personenfreizügigkeit wohl nicht bewusst. Man müsse diejenigen Abkommen, die im Interesse der Schweiz liegen, dann eben neu verhandeln: Wer so argumentiert, hat nicht bemerkt, dass sich Europa in den letzten zehn Jahren stark gewandelt hat. Die EU reicht inzwischen von Paris, Rom und Berlin bis ans Schwarze Meer. Es ist unvorstellbar, dass sich sämtliche 28 Staaten plötzlich ein Herz für Schweizer Rosinenpickerei fassen. Bei der Osterweiterung erhielten die osteuropäischen Staaten nämlich auch keine Ausnahmen. Zudem würden bei einer Kündigung des Freizügigkeitsabkommens alle anderen Abkommen der Bilateralen auch wegfallen – auf einen Schlag. Die Folgen einer Annahme der Masseneinwanderungsinitiative wären also brandgefährlich.

Zusammenarbeit oder Alleingang – das ist also einmal mehr die Frage, über welche die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 9. Februar 2014 entscheiden. Wollen wir mit der EU weiterhin partnerschaftlich zusammenarbeiten, können wir nur auf den bestehenden Abkommen aufbauen. ■



12



Nadine Masshardt

Die junge SP-Politikerin ist in Langenthal (BE) aufgewachsen. Sie hat an der Universität Bern Philosophie und Geschichte studiert. Danach hat sie zwei Jahre als Programmassistentin und wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Eidgenössischen Finanzverwaltung gearbeitet. Heute arbeitet sie als Projektleiterin bei einer Kommunikationsagentur in Zürich. Mit ihrem scharfen Gerechtigkeitssinn hat sich Nadine Masshardt früh für die Politik interessiert. Sie wurde 2003 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und ist 2011 Nationalrätin geworden.